

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 16 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 18. April 1931

Funktionsstörungen in der Weltwirtschaft

Daß die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise irgendwie mit dem Weltkriege zusammenhängen muß, das fühlen alle. Aber über die logischen Verbindungsäden streitet man sich. Hier aber ist gerade der Angelpunkt, an dem man nach richtiger Erkenntnis den Hebel zur Beseitigung des Übels ansetzen muß.

Gewiß, das vierjährige sinnlose Wüten hat unermessliche Werte vernichtet. Aber dieser materielle Verlust kann die Ursache der gegenwärtigen Krise nicht sein, denn längst ist er ausgeglichen, und das Übel, das uns heute drückt, ist ja nicht materieller Mangel der Allgemeinheit, nicht Fehlen von Wirtschaftsgütern schlechthin, sondern das Gegenteil: Überall sind die Güter der Erde zu ungeheuren Stapeln aufgeschichtet, finden in der Menschheit keinen Abfah. Und Millionen bester Maschinen, nach neuesten Erkenntnissen konstruiert, stehen schaffensbereit und doch untätig oder nur zum Teil ausgenutzt da, könnten vielleicht, wenn es darauf ankäme, eine zweite Menschheit mit allen begehrten Dingen der Welt befriedigen. Unser Elend stammt, so sinnwidrig es klingen mag — und letzten Endes ist es auch gegen alle Vernunft —, aus dem Ueberfluß.

Und an diesem Ueberfluß hat der einzelne in erschreckend großer Zahl keinen Teil. Seine Arbeit zu weiterer Erzeugung ist nicht notwendig, er wird arbeitslos, wird der Not und dem Elend preisgegeben, während der Ueberfluß in den Lagerhäusern der Welt immer höher steigt. Und nicht nur deutsche Scharen schreiten unter den Fahnen des Grauens, sondern in steigendem Maße laufen dem Elendsbanner der Arbeitslosigkeit unübersehbare Massen aller Nationalitäten zu, mit Ausnahme vorläufig noch Frankreichs. Sind diese sinnlosen Zustände nicht zu beseitigen, diese Zustände, die der alten Höllenstrafe des Tantalus gleichen, den die Götter angefaßt einer sprudelnden Quelle verdursten, angefaßt eines fruchtbeladenen Apfelbaumes verhungern ließen? Wo ist der Angelpunkt, an dem man den Hebel zur Beseitigung des Übels ansetzen könnte, um die ganze Menschheit von einer Geißel zu befreien, die mit jedem Tage fürchterlicher zu werden droht?

Der aufgestapelte Ueberfluß der Welt muß ins Rollen gebracht werden. Er werde seiner Bestimmung, verbraucht zu werden, zugeführt, man decke die vorhandenen Bedürfnisse laufend, und es wird sich auch laufend neues Bedürfnis finden, die Kräfte und Maschinen der Menschheit werden in laufend schaffende Tätigkeit versetzt, das ernste Lied der Arbeit komme wieder in ein rechtes und natürliches Verhältnis zur frohen Melodie des Verbrauchens und des Genusses, und — alles, alles ist wieder gut. Was aber hindert denn diesen Naturrhythmus des Lebens?

Nicht nur der Wertmesser, sondern auch der Motor des wirtschaftlichen Lebens und Kreislaufes ist das Geld. Hier haben wir den Angelpunkt des Problems, damit zugleich den ursächlichen Zusammenhang mit dem Weltkriege vor uns. Der Krieg und mehr noch der darauffolgende Friede hat die Verteilung des Geldes, des Kapitals, wie sie über die ganze Welt hin als Motor für den Weltkreislauf notwendig ist, grundlegend abgeändert, hat sie zu unmöglichen Lagerungen gebracht. Als ein verhältnismäßig geringeres Übel ist es noch zu bezeichnen, daß Amerika in früher unvorstellbarer Weise ein neues Geldzentrum der Welt geworden ist. Es hat in der Folgezeit einigermaßen die daraus sich ergebenden Pflichten erfüllt. Schlimmer sind die Verhältnisse im alten Europa. Hier ballt das Geld sich in London, in der Schweiz, in Holland und in ganz besonderer Weise, zuletzt fast täglich mit neuer Sensationsmeldung uns überraschend, in den Tresors von Paris zusammen. Und das Geld, der Motor der Wirtschaft, wird stillgelegt, man hält es unproduktiv fest, sucht es wie ein geiziger Hamster gierig von Tag zu Tag zu mehren. Das ist die schreckliche Nachwirkung des

Krieges. Immer noch sind Haß, Neid und vor allem Mißtrauen in die friedliche Weltentwicklung zu stark, immer noch glaubt man sich am besten vor gefährlichen Verlusten zu schützen, indem man seinen Goldbesitz heimlich und sicher vermauert.

Nicht vergessen dürfen wir ein zweites, das auch noch in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Weltkriege steht. Das sind die Verhältnisse in Rußland und im fernen Osten. Die russische Gegenwart und gleichermaßen die Wirren im Osten sind arge Nachwehen des Weltbrandes. Während nun im alten Europa das Geld künstlich unter Verschluss gelegt wird, vernichtet gleichzeitig der nahe und ferne Osten Werte, ohne doch seinen Bedarf wie in normalen Zeiten decken zu können. Der Geldzufluß von dort her, der sonst zu erwarten wäre, bleibt aus.

Ziehen wir das Ergebnis. Wir müssen feststellen, daß ein ganz gewaltiger, ein lebensgefährdender Teil des Weltkapitals seiner Bestimmung und seiner Aufgabe entzogen ist. Das Räderwerk der Weltwirtschaft, ein sehr kunstvolles und empfindliches Gebilde, läuft sich heiß, droht in die Brüche zu gehen. Die Güter der Menschheit sind da, sie können ihre Fahrt an den Bestimmungsort nicht antreten. Der Einzelne vermahdet vor der der Allgemeinheit gehörigen Quelle. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage sinken die Preise auf den Weltmärkten immer tiefer, die Geltung des Geldes aber steigt, da es sich so selten zeigt. Durch diese Erscheinung wiederum werden die, die ihr Gold zurückhalten, in ihrem Vorhaben bestärkt, denn sie glauben, auf diese Art mühelos und ohne Gefahr die Kaufkraft ihres Besitzes, also den eigentlichen Wert, steigern zu können. Das Elend von Millionen bringt ihnen fette Zinsen.

So sieht die Weltlage aus, denn es handelt sich ja um eine Weltwirtschaftskrise. Und wie geht es unserm armen Deutschland darin? Hier branden die Wogen natürlich am höchsten, wir sind zum Mittelpunkt der Weltwirtschaftskrise geworden, wir sind ja auch letzten Endes der unfreiwillige Stein des Anstoßes.

Das wirtschaftliche Vermögen, das im gegenwärtigen Deutschland steckt, reicht an sich voll aus, um unsere Bevölkerung gut zu ernähren. Könnten wir unsere tabellos ausgebaute Wirtschaft aus voller Lungenkraft arbeiten lassen, es reichte sicher schon eine verkürzte Arbeitszeit aus, uns gut leben zu lassen. Aber, aber... Das Geld wird im Westen festgehalten, im Osten versichert es in den Trichtern

des Nachkrieges. Der große Wirtschaftsapparat steht zum guten Teil ungenutzt. Der Schaden daraus wäre an sich schon riesig groß, ist aber nicht mehr zu ertragen, wenn man bedenkt, daß der moderne Maschinen- und Fabrikpark von dem finanziell ausgelegenen Deutschland der Nachkriegszeit auf Rump — meist aus amerikanischem Geld — aufgebaut worden ist, wofür laufend immense Zinsen zu zahlen sind, die in die Milliarden gehen. Um nun dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, soll dies Deutschland, das künstlich lahmgelegt und verurteilt ist, riesige Zinsen aus nicht ausgenutzten Maschinen zu zahlen, auch noch die Reparationsabgaben in schwindelhafter Höhe leisten, und dadurch den Goldhamsterjagd dort noch vermehren, wo er, wenn er nicht gerade Gold wäre, sowieso schon modert. Die sinnlose Goldanhäufung wird dem abgezwungen, dem jedes Körnchen Gold Lebensgeist bedeutet. Das durch den Krieg „ruinierte“ Frankreich muß neue Tresors für einen Goldschatz bauen, wie es ihn nie besessen hat. In Deutschland aber schaffen nur drei Viertel der Arbeitsfähigen, müssen Millionen ihrer Brüder aus dem schmalen Nationaleinkommen miternähren, und dies Nationaleinkommen soll außerdem Milliarden an Zinsen und weitere Milliarden an Tributlasten aufbringen. Verzweiflung möchte einen erfassen.

Ein so an der Gurgel gepreßtes Deutschland kann auf die Dauer nicht atmen. Aber sein Schicksal kann nicht isoliert werden, das zeigt die Ausweitung der letzten Endes deutschen Krise zur Weltkrise. In anderen Wagen ist zum mindesten das übrige Europa, auch gegen seinen Willen, gekettet. Die Einsicht der Gemeinschaft dämmert doch überall stark, und das wird unsere Rettung werden. Mit einem todwunden Deutschland gibt es kein gesundes Europa, keine gesunde Weltkultur.

Hoffentlich kommt die rettende Tat nicht zu spät. Die gegenwärtigen, heroischen Anstrengungen, die Deutschland unternimmt, sind nur Linderungsmittel für bestimmte Frist, können aus sich heraus endgültige Heilung nicht bringen. Diese bleibt vielmehr Aufgabe einer größeren Gemeinschaft in internationalen Aktionen. Darüber muß man sich klar sein. Der Hebelpunkt aber liegt in der Flüssigmachung des Großteiles Weltkapital, das heute brach und unheilvoll in den Kellern liegt. Es muß zum Rollen gebracht, zu wirtschaftsmotorischer Kraft umgewandelt werden. Hier bildet die zivilisierte Menschheit eine Einheit. Vertrauen zu Deutschland bildet für alle — nicht letzten Endes auch für die Franzosen — auf längere Sicht gesehen, Selbstrettung. Ueber das Reparationsproblem aber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. — c.

Um die Verkürzung der Arbeitszeit

Aus dem Gutachten der Sachverständigenkommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind bisher nur die Grundzüge bekannt gewesen. Jetzt liegt das vollständige Gutachten als Sonderheft des Reichsarbeitsblattes vor. Unter den Gutachten verdienen die Ausführungen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine Verkürzung der Arbeitszeit eine ganz besondere Beachtung; denn die Vorschläge des Gutachtens sehen eine Einwirkung der Reichsregierung auf dem Verwaltungswege und durch die Gesetzgebung auf die Arbeitszeitgestaltung vor. Es ist selbstverständlich, daß die Kommission Berechnungen über die Auswirkungen ihrer Vorschläge angestellt hat. Sie bernen sich dabei auf die Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung vom Oktober 1930, wonach eine Herabsetzung der werktäglichen Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden für ungefähr 1,5 Millionen Arbeitnehmer neue Arbeitsplätze schaffen würde. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung hat ihrerseits auch Berechnungen angestellt. Diese Berechnungen sind genauer als die des Instituts für Konjunkturforschung, und sie sind, da sie sich in ihren Voraussetzungen den Vorschlägen der Sachverständigenkommission mehr anpassen, wohl auch im Ergebnis richtiger. Danach würden etwa 730 000 Arbeitnehmer mehr beschäftigt

werden können. Die Kommission selbst legt sich auf keine Zahl fest, jedoch gibt sie in ihrem Gutachten zu erkennen, daß sie in ihrer Schätzung sich den Berechnungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung sehr stark annähert.

Recht eingehend setzt sich das Gutachten mit den Einwänden gegen eine Zwangsmaßnahme zur Erreichung einer Arbeitszeitverkürzung auseinander. Die Kommission muß diese Auseinandersetzung führen, da sie selbst Zwangsmaßnahmen befürwortet. Die Argumente, die von den Verbänden der Arbeitgeber erhoben werden, haben die Kommission nicht überzeugt, wenn sie auch — wie das Gutachten es feststellt — immerhin Beachtung verdienen. Trotz der vielen Bedenken gegen die Anwendung von Zwangsmaßnahmen geht die Kommission bei ihrem Vorschlag davon aus, daß immer noch vier Fünftel aller Arbeiter 48 Stunden und länger arbeiten und daß eine freiwillige Arbeitszeitverkürzung bisher doch nur in einem sehr beschränkten Umfange durchgeführt worden ist, dagegen aber immer noch in sehr vielen Betrieben eine starke Ueberarbeit besteht.

Die Reichsregierung soll nun nach dem Vorschlage die Ermächtigung haben, eine Beschränkung der Arbeitszeit für einzelne Gewerbegebiete oder für einzelne Berufe anzuordnen. Das Recht der Ermächtigung soll nur nicht bei einem Mitgliede der Regierung

also in diesem Falle nicht nur beim Reichsarbeitsminister liegen, sondern beim gesamten Kabinett. Bevor das Kabinett von seiner Ermächtigung Gebrauch macht, sollen die Beteiligten, d. h. also die zuständigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gehört werden. Als Geltungsgebiet für eine solche Ermächtigung schlägt die Kommission alle Betriebe, Unternehmungen und Verwaltungen vor, für die die Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 Gültigkeit hat, mit Ausnahme der Betriebe mit weniger als 10 Arbeitnehmern. Die Kommission läßt es vollständig offen, ob die Ermächtigung auch auf den Bergbau, das Baugewerbe sowie andere Saisonbetriebe, auf das Verlehtgewerbe, die Gask- und Schankwirtschaft und das Handelsgewerbe Anwendung finden soll. Die Regierung wird, wenn sie von der ihr erteilten Ermächtigung Gebrauch macht, eine Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich vorsehen können. In welcher Form diese 40stündige Arbeitszeit über den Zeitraum der Woche verteilt wird, liegt bei den Beteiligten. Die Kommission selbst gibt Andeutungen, und zwar durch Freilassung des Sonnabends bei einem achtstündigen Arbeitstag und 5 Arbeitstagen oder durch Einlegung einer Ferienwoche nach je 5 Arbeitswochen.

Sobald eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, wird für den Arbeitnehmer, aber auch für den Arbeitgeber, die Frage nach dem Lohnausfall wichtig. Das Gutachten vermeidet es hier ebenfalls, wieder eine bestimmte Abfassung als Meinung der Kommission bekanntzugeben. Es setzt sich nur mit den Argumenten für einen Lohnausgleich und für eine der Arbeitszeitverkürzung entsprechende Lohnkürzung auseinander. Man wird wohl die Haltung des Sachverständigenausschusses selbst aus den Formulierungen herauslesen dürfen, in denen von den Vereinbarungen der Gemeindebehörden in Kiel mit den Hausbau-Werken, in Magdeburg mit der Firma Hubbe-Fernholz berichtet wird. Abgelehnt werden die Vorschläge, die Lohnzuschüsse aus den Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung bzw. eine Senkung der Arbeitslosenbeiträge der Arbeitgeber vorzusehen. Der gleichen Ablehnung verfällt der Vorschlag, einen Lohnausgleich aus der Reichskasse zu entnehmen.

Eng mit einer Verkürzung der Arbeitszeit ist die Einschränkung der Ueberarbeit verbunden.

Die Kommission ist der Ansicht, daß in der jetzigen Notzeit eine Einschränkung der auf Grund von Tarifverträgen möglichen Ueberarbeit unbedingt durchgeführt wird. Die Kommission berücksichtigt hier die Erhebungen der Arbeitnehmerverbände über die tatsächlich geleistete Ueberarbeit. Aus den Erhebungen der Arbeitnehmerverbände in der letzten Zeit ist zu ersehen, daß über 17,2 v. H. der Arbeiter mehr als 48 Stunden in der Woche arbeiteten. Diese Zahlen haben die Kommission veranlaßt, vorzuschlagen, daß von der in den Tarifverträgen vorgesehenen Befugnis zur Ueberarbeit erst dann Gebrauch gemacht werden darf, nachdem die Zustimmung von der Gewerbeaufsicht bzw. für den Bergbau von der Bergaufsicht gegeben worden ist. Für das Verhalten dieser Aufsichtsbehörden sollen die zuständigen Regierungen besondere Verfügungen herausgeben.

Die Kommission beschränkt aber ihre Arbeit nicht auf diese sehr genau überlegten und wohlformulierten Vorschläge, sondern sie hat in ihrer Arbeit auch gleich die Möglichkeit der Uebertretungen der Anordnungen der Regierung mit berücksichtigt. Sie sieht für solche Uebertretungen recht erhebliche Strafen vor. Einmal soll die Mindeststrafe für eine vorsätzliche Ueberschreitung der Arbeitszeit, die heute 3 RM. beträgt, künftig auf 50 RM. erhöht werden. Daneben aber soll ein Lohnzuschlag für alle Ueberarbeit auch an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung gezahlt werden. Das Gesetz sieht vor, daß ein Lohnzuschlag für die Ueberarbeit der Arbeitnehmer in Höhe von 1/200 des Monatsgehaltes + 25 v. H. gezahlt werden muß, und davon soll das Unternehmen, das eine Ueberarbeit durchführen läßt, auch wenn es sie genehmigt bekommt, noch 1/2 des auf die Mehrarbeit entfallenden Grundlohnes an die Reichsanstalt abführen. Durch die Abführung von 1/2 des auf die Mehrarbeit entfallenden Grundlohnes soll eine Förderung der Arbeitslosigkeit durch die Ueberarbeit mit verhindert werden.

Diese Vorschläge sind als Notmaßnahme gedacht. Wie weit nun die Reichsregierung von diesen Vorschlägen bei ihren Maßnahmen Gebrauch macht, ist Sache der Regierung selbst. Aber man wird aus der Art der Zusammenfassung des Sachverständigenausschusses und aus dem Verlauf der Beratungen dieses Ausschusses sehr wohl schließen dürfen, daß die Regierung sich mit ihren Maßnahmen auf das allerengste an das Gutachten der Sachverständigenkommission anlehnen wird.

Löhne eingesetzt sind. Nach der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge dürften die Sozialbeiträge jetzt etwa 9-10 Prozent der Lohnsumme ausmachen.

Trotz dieser Mängel ist ein Vergleich der in den beiden Artikeln angeführten Beispiele mit unsern Zahlen durchaus möglich, da Herr Benning selbst den Unkostenfaktor angibt, und zwar den Unkostenzuschlag auf den Lohn mit 35 Prozent und auf die Baustoffe mit 7 Prozent. Der Unkostenanteil läßt sich also ohne weiteres aus den Lohnbeträgen und den Ausgaben für Materialien errechnen. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

Maurerarbeiten.

Baustelle	Material		Lohn		Unkosten		Insgesamt	
	RM	%	RM	%	RM	%	RM	%
H. ... R. L.	35179.08	45.69	29157.12	37.86	12667.53	16.45	77003.73	100.
Dortmund-B. & U. C.	4211.78	39.84	4332.92	42.66	1881.34	17.70	10626.04	100.
Dortmund-B. St. u. J. Ca. top-Rauel	7056.53	45.00	6024.15	38.41	2802.41	16.59	15883.09	100.
Provinzialst. Dortmund-B. & Castrup-Rauel	10351.94	3.63	9370.80	39.49	4004.42	16.88	23727.16	100.
	37661.63	45.67	34036.49	39.46	14549.08	16.87	86247.20	100.
	6259.25	41.98	6083.81	40.80	2567.48	17.22	14910.54	100.

Zimmererarbeiten.

Baustelle	Material		Lohn		Unkosten		Insgesamt	
	RM	%	RM	%	RM	%	RM	%
H. ... R. L.	7883.27	59.27	3604.09	27.10	1813.25	13.63	13300.61	100.
Dortmund-B. Provinzialst.	908.67	59.80	403.16	26.63	204.37	13.52	1511.20	100.
Dortmund-B. & Castrup-Rauel	4630.81	60.07	2040.03	26.46	1038.17	13.47	7709.01	100.
	1569.20	65.63	527.30	22.06	294.40	12.31	2390.90	100.

Der durchschnittliche Lohnanteil beträgt nach dieser Aufstellung bei Maurerarbeiten 39,78 Prozent, bei Zimmererarbeiten 25,7 Prozent. Die Zahlen deuten sich fast mit unserem Ergebnis. Der durchschnittliche Lohnanteil bei den Maurerarbeiten betrug 1930 nach unserer Erhebung 39,70 Prozent, bei den Zimmererarbeiten 28,63 Prozent.

Es ist uns eine Genugtuung, daß die Ergebnisse beider Untersuchungen somit in nahezu völliger Uebereinstimmung stehen und die Unternehmer selbst unser Material noch erhärten. Es wäre ein weiterer begrüßenswerter Fortschritt, wenn sich zwecks völliger Klärung der Baukostenfrage Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu gemeinsamer Arbeit zusammenfänden. Es wäre dann in Zukunft allen Schlagwortbehauptungen der Boden entzogen. Es erübrigte sich dann auch, zu immerhin fragwürdigen Zahlenspielerien seine Zukunft zu nehmen, wie das leider noch in dem Artikel von Herrn Benning mit dem Bauindex geschieht, trotzdem er doch selbst zugibt, daß der Bauindex nur schwer verwertbar ist, weil er auf falschen Voraussetzungen aufgebaut ist. Es ist doch ganz unmöglich und für einen Baufachmann überhaupt nicht zu verstehen, daß man einfach aus der prozentualen Steigerung des Maurerstundenlohnes mit Hilfe des Bauindex errechnen will, daß der Lohnanteil heute 50 Prozent gegenüber 38 Prozent bis 40 Prozent vor dem Kriege betrage. Es wird absolut nicht berücksichtigt, daß die Maurerleistung inzwischen gestiegen ist (von Baufachleuten ist schon des öfteren festgestellt, daß heut in acht Stunden mindestens soviel geleistet wird wie früher in zehn Stunden), und daß weiter durch veränderte Arbeitsmethoden, durch Verwendung von Maschinen und durch andere Bauart eine Verschiebung eingetreten ist, die die Erhöhung des Stundenlohnes in starkem Maße ausgleicht. Wie wir in unserer Broschüre an einem praktischen Beispiel dargelegt haben, ist der Lohnanteil gegenüber der Vorkriegszeit nicht gestiegen, sondern sogar gesunken, und die Steigerung der Baukosten liegt im Rahmen der allgemeinen Preissteigerung gegenüber der Vorkriegszeit.

Nochmals Baukosten und Löhne

In Nummer 11 der „Baugewerkschaft“ hatten wir bereits zu einer Anzahl von Artikeln, die gegen unsere Untersuchung über Baukosten und Löhne gerichtet waren, Stellung genommen. Inzwischen sind von Unternehmerseite noch weitere Versuche unternommen worden, unser Material zu entkräften. Bedauerlicherweise gilt von den meisten dieser Versuche das gleiche, was wir schon in Nummer 11 der „Baugewerkschaft“ festgestellt haben, daß sie nämlich über allgemeine Behauptungen nicht hinausgehen. Die Artikel bewegen sich meistens in den gleichen Bahngängen der früheren Veröffentlichungen der Arbeitgeber, und wir können uns insofern ein näheres Eingehen auf sie ersparen. Wir möchten allerdings ausdrücklich nochmals feststellen, was wir schon eingangs unserer Broschüre getan haben, daß unsere Untersuchung keinesfalls als eine Tendenzschrift gedacht war und auch nicht angesprochen werden kann. Zweck unserer Untersuchung war einmal, überhaupt über die Zusammenhänge der Baukosten Klarheit zu schaffen, dann in diesem Zusammenhang die übertriebenen Behauptungen über die Bedeutung der Löhne für die Baukosten zu widerlegen, und schließlich an Hand dieses Materials festzustellen, ob die Löhne wirklich das Hemmnis für eine anstrengende Bautätigkeit sind, oder wo sonst in der Behebung der Baukosten angegriffen werden kann. Die Broschüre sollte weiter eine Anregung für andere interessierte Kreise sein, ebenfalls zur Klärung der angeführten Fragen beizutragen. Wir bedauern sehr, daß diese Anregung zum Teil so schlecht verstanden worden ist.

Verständlich wird die Stichhaltigkeit unseres Materials angezweifelt. Wir betonen nochmals, daß unsere Unterlagen unanfechtbar sind, wenn wir auch gern zugeben wollen, daß man bei den unterschiedlichen Verhältnissen im Baugewerbe in manchen Gegenden vielleicht zu etwas anderen Ergebnissen kommen kann, die aber von unsern Berechnungen nicht soweit abweichen dürften, daß der Wert unseres Materials dadurch irgendwie erheblich herabgemindert würde. Unsere Berechnungen stützen sich auf die tatsächlichen Selbstkosten von Baustoffen, die auf Grund der Sammelrechnungen festgestellt sind. Auch der Unkostenfaktor ist nicht willkürlich genommen, sondern entspricht genau den Unkosten der in Frage kommenden Betriebe.

Letztlich zwei Entgegnungen — Baukosten und Löhne von H. Benning, Dortmund-Böringhausen in „Der Baugewerkschaft“ Nr. 12 und „Baukosten und Löhne“ von Baugewerkschaftler Hanning, Dortmund, in „Kölnische Volkszeitung“ Nr. 141 — können erstens genommen werden, weil sie mit brauchbarem Zahlenmaterial arbeiten. Das Material ist in beiden Artikeln dasselbe. Es erweist sich allerdings nur erst die Maurer- und Zimmererarbeiten von sechs Bauten in der Gegend von

Dortmund. Das ist schon ein Mangel gegenüber unserer Veröffentlichung, denn man kann aus diesem Material nicht schon ohne weiteres Schlüsse auf die Kosten des Gesamtbaues ziehen. Die Maurer- und Zimmererarbeiten machen bei den reinen Baukosten nach unseren Berechnungen durchschnittlich 66 Prozent aus, nicht 75 Prozent, wie in den genannten Artikeln behauptet wird. So ist es ohne weiteres klar, daß durch die Bauarbeiten noch recht erhebliche Verschiebungen in der Kostenzusammensetzung eintreten können. Es stimmt auch nicht, daß bei den Dachdeckern, Klempnern, Installations-, Schreiner-, Glaser- und Anstreicherarbeiten der Lohn überwiegt, wie Herr Hanning feststellen zu können glaubt. Mit Ausnahme der Anstreicherarbeiten liegt vielmehr der Lohnanteil bei diesen Positionen niedriger als bei den Maurer- und Zimmererarbeiten. Ein weiterer Mangel der Untersuchung ist, daß die Geschäftsunkosten unberücksichtigt geblieben sind. Es sind lediglich die Kosten für Sozialversicherung erfasst, und zwar sind sie — vom Arbeitgeberstandpunkt aus schließlich zu verstehen — den Löhnen hinzugefügt. Wir verziehen nicht recht, weshalb man die Unkosten nicht in die Berechnung eingezogen hat. Lediglich weil die Frage der Zurechnung zu Material oder Löhnen noch nicht geklärt ist? Uns scheint diese Frage rufig, da die Geschäftsunkosten einen durchaus selbständigen Kostenfaktor darstellen. Mit den Bauarbeiterlöhnen jedenfalls haben außer den Sozialbeiträgen die übrigen Unkosten nicht den geringsten Zusammenhang. Es ist allerdings üblich, die Unkosten außer den Materialunkosten im engeren Sinne (Materialverschleiß usw.) im vom Hundert der Lohnsumme festzustellen. Das ist jedoch lediglich ein Berechnungsverfahren. Für den inneren Zusammenhang bedeutet es nichts, wie die folgende Anstellung der Unkosten eines größeren Betriebes zeigt. Es betragen von den Unkosten die Sozialbeiträge einschließlich Urlaubsgeldern 8 Prozent, Betriebsbedarf 3,22 Prozent, Bürobedarf 1,36 Prozent, Spesen 4,70 Prozent, Steuern 4,52 Prozent, Zinsen 7,68 Prozent, Gehälter für Angestellte und Postiere 10,22 Prozent, diverse Unkosten 2,40 Prozent, die Unkosten insgesamt 42,30 Prozent. Nur etwa 1/3 der Unkosten haben einen gewissen Zusammenhang mit den Löhnen, woraus sich ergibt, daß wenigstens der Restteil der Unkosten unbedingt selbständig geführt werden muß, wenn man überhaupt zu einem richtigen Bild kommen will. Aus unserer Anstellung geht nebenbei hervor, daß die Bedeutung der Sozialbeiträge, die mit 16 Prozent der Lohnsumme angegeben sind, in beiden Artikeln maßlos übertrieben wird. Wir können uns die 16 Prozent nur so erklären, daß man Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil zusammengerechnet hat, was natürlich eine Unmöglichkeit ist, zumal doch in der Anstellung zweifellos die Brutto-

Kollegen, rüffet zur Frühjahrsagitation

Es wird an unserer Untersuchung bemängelt, daß wir auch die Baunebenkosten, die ein sehr schwankender Faktor seien, herangezogen haben. Wir haben es trotz eigener Bedenken, weil tatsächlich die Baunebenkosten, vor allem die Grundstückskosten stark schwanken, deshalb getan, weil sie einen so erheblichen Teil der Baukosten ausmachen, daß ohne sie ein zutreffendes Bild für die Baukosten selbst wie auch besonders für die Bedeutung der Löhne für die Baukosten nicht gewonnen werden kann. Daß die Löhne auf die Baukosten von Einfluß sind, haben wir nie bestritten, wir haben nur festgestellt, daß sie nicht die ausschlaggebende Bedeutung haben. Man komme doch nicht wieder damit, daß auch die Löhne der Bauprodukte, Gehälter usw. einzubeziehen seien. Wenn man so will, kann man fast von jedem Produkt feststellen, daß es sich zu nahezu 100 Prozent aus Löhnen zusammensetzt. Wenn die Untersuchung sich nicht im Uferlosen verlieren soll, muß sie sich auf die Bauarbeiterlöhne im engeren Sinne beschränken, wobei durchaus dahingestellt bleibt, ob es sich nicht lohnt, bei den Baukosten die gleiche Untersuchung zu machen.

Die entscheidende Frage bleibt, ob durch eine Senkung der Bauarbeiterlöhne der Bauwirtschaft wie aber auch den Konsumenten der Bauwirtschaft, den Mietern, gedient ist. Unsere Feststellung bleibt unerschütterlich, daß

die Lohnsenkung eine nennenswerte Mietsenkung nicht zur Folge haben wird und damit auch keine Belohnung der Bautätigkeit, daß der Lohnabbau daher wirtschaftlich ein Schlag ins Wasser ist, und lediglich für die Bauarbeiterschaft ein nutzloses Opfer bedeutet. Dem Mieter wie auch der Bauwirtschaft ist nur mit einer Verbilligung der Baugelder gedient. Das ist nicht nur unsere Ansicht, sondern sogar die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schrieb Ende vergangenen Jahres (Nr. 204/1930): „Die Gründe für die Höhe der Neubaumieten liegen neben der Höhe der Rohstoffkosten und der Löhne vor allem auch in der Zinshöhe.“ Neuerdings bestätigt das Institut für Konjunkturforschung (Heft 4 B) unsere Feststellung: „Von einer Senkung der Löhne und einer weiteren Senkung der Baukosten dürfte eine Anregung der Bautätigkeit zu erwarten sein; in dessen wird gleichzeitig eine Erleichterung der Finanzierungsmöglichkeiten eintreten müssen.“ (Von uns gesperrt. Red.) Damit wird doch offenbar zugegeben, daß die Lohnsenkung allein ein Schlag ins Wasser ist. Wir haben dem nichts hinzuzufügen, möchten allerdings hoffen, daß die in Frage kommenden Stellen die Konsequenz aus der Feststellung dieses amtlichen Instituts ziehen und nunmehr alle Kraft darauf verwenden, eine ausreichende Verbilligung der Wohnungsbaufinanzien herbeizuführen.

Kleinfried

Die von uns in Nummer 13 der „Baugewerkschaft“ bereits besprochene gespannte Lage als Auswirkung der Verhandlungen vor der zentralen Schiedsstelle hält in den meisten Gebieten auch weiterhin an. Es kann nicht über alle Einzelheiten berichtet werden, weil viele Dinge unter der Hand kurzfristig erledigt werden und weil wir auch selbst kein Interesse daran haben, Verhandlungen, die in der einen oder anderen Form doch zum Abschluß kommen, durch Einzelberichterstattung zu fördern. Die Sensationspresse — beispielsweise „Vormünder Generalanzeiger“ — bemüht sich gemeinsam mit der kommunistischen Presse, möglichst viel Verwirrung in der Öffentlichkeit anzurichten.

In Berlin ist es der kommunistischen Wühlarbeit gelungen, sachliche Verhandlungen zum mindesten aufzuhalten und die Zahl der Arbeitslosen noch um ein gewisses zu steigern. Der Reichsverband industrieller Bauunternehmungen hat beim Schlichter die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches beantragt. Nach zweiseitigen Verhandlungen ist ein Schiedsspruch dahingehend zustande gekommen, daß der Maurer-, Zimmerer- und Zementfacharbeiterlohn in Groß-Berlin ab 8. April 1,42 RM. beträgt, der Bauhilfsarbeiterlohn 1,18 RM., der Tiefbauarbeiterlohn 0,92 RM. Dielem Schiedsspruch haben sich die Vertragsparteien mit Ausnahme des Reichsverbandes industrieller Bauunternehmungen unterworfen. Dieser hält nach wie vor seinen Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des zentralen Schiedsspruches aufrecht. Der Schiedsspruch bedeutet eine Abänderung des zentralen Schiedsspruches um einen Pfennig zugunsten der Arbeiterchaft. Die ganze Entwicklung in Berlin zeigt mit Deutlichkeit, daß die Arbeiterorganisationen mit ihren Voraussetzungen recht hatten und daß die ausschlaggebende Arbeitgeberorganisation und auch der erste amtliche Schlichter sich bei ihren Forderungen bzw. Schiedssprüchen außerhalb jedes sachlichen Denkens bewegt haben. Die Opfer an Lohnsenkungen für die streikteiligen Arbeiter und die Einbuße betrieblicher Autorität für die Unternehmer wären bei größerem Weitblick der Unternehmer zu vermeiden gewesen. Die „Kasse Zohne“ gibt für die kommunistisch beeinflussten Bauarbeiter die Parole aus: Weiterstreiken trotz Zwangspruch!

Im Vertragsgebiet Westdeutschland hat der Westdeutsche Baugewerbeverband, die Organisation der Hochbauunternehmer, entgegen der Anweisung seiner Spitzenorganisation seine Mitglieder aufgefordert, einen Spitzenlohn von 1,05 RM. statt 1,15 RM. Schiedsspruchlohn zur Auszahlung zu bringen. Soweit die Unternehmer sich den ernsthaften Vorhaltungen der Gewerkschaften nicht zugänglich gezeigt haben, ist über ihre Bauten die Sperre verhängt. Da eine Reihe von Unternehmern sich nach kurzer Duldlosigkeit fügt, andere wieder sich zu neuen Dummheiten verleiten lassen, weshalb das Bild des Streikumfangs örtlich und in zahlenmäßiger Höhe. Die industriellen Bauunternehmungen haben den Schiedsspruch anerkannt. Die von den Unternehmern so gern als noch sozialrückständiger wie sie selbst verschrienen örtlichen Zwängen haben sich teilweise schneller wie die organisierten Unternehmer zur sachlich zweckmäßigeren Wirklichkeit zurückgefunden. Vor dem stellvertretenden Schlichter für das Rheinland, Herrn Landesgerichtsrat Dr. Jiller, ist auf Antrag des Reichsverbandes industrieller Bauunternehmungen am 11. April in Köln über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches für Westdeutschland verhandelt worden. Der Schiedsspruch ist durch vorgenannten Schlichter für verbindlich erklärt worden und gilt somit in der Lohnklasse I ab 1. April für Maurer und Zementfacharbeiter ein Lohn von 1,15 RM., für Zimmerer von 1,18 RM., für Tiefbauarbeiter von 0,74 RM.; Bauhilfsarbeiter erhalten 83 Prozent des Maurerlohnes. Ueber die strittig gebliebenen Löhne in den nachgeordneten Lohnklassen und beanstandeten Lohngebieten (Kreis Hattingen, Stadt- und Landkreis Mörs, Hocholt, Ahlen, Selm, Bork, Hohenlimburg usw.) wird noch eigens verhandelt. Ueber die Abgrenzung der sieben

Am 18. April 1931 ist der sechzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

Lohnklassen, über die Höhe der Löhne in den sechs nachgeordneten Klassen, sowie über die Höhe der Löhne für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und die Höhe der verschiedenen Zuschläge wird am 16. und 17. April vor dem Tarifamt verhandelt und, falls keine Einigung zustande kommt, ein Schiedsspruch gefällt.

Für Württemberg haben am 7. April in Stuttgart erneute Verhandlungen stattgefunden. Der neue Schiedsspruch bestätigt die Entscheidung der zentralen Schiedsstelle und erklärt das neue Ergebnis für bindend.

Für Baden haben die Parteien eine Schiedsstelle vereinbart, deren Entscheidung bei Einstimmigkeit bindend sein sollte. Diese Schiedsstelle ist am 9. April zusammengetreten und hat durch einstimmigen Spruch den für Unter-, Mittel- und Oberbaden durch Schiedsspruch der zentralen Schiedsstelle festgelegten Lohn als bindend bestimmt.

Zur Wirtschaftskrise

Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften Südwestdeutschlands hielten am 8. April in Karlsruhe ihre Frühjahrstagung ab. Besondere Beachtung fanden die in letzter Zeit schematisch durchgeführten Lohnsenkungen, die ohne Rücksicht auf bestehende Lohnhöhe und Arbeitszeit vorgenommen wurden. Das Resultat der Beratungen wurde in nachfolgender Entscheidung durch den Vorsitzenden, Abgeordneten und Bezirksleiter Heinrich niedergelegt und von den Vertretern angenommen.

„Die Auffassung, daß durch Lohnsenkungen die Zahl der in der Wirtschaft verfügbaren Arbeitsplätze vermehrt werden könne, hat sich als irrig erwiesen, denn die Zahl der Arbeitsplätze in der Wirtschaft ist durch die technische Ausrüstung und die Absatzmöglichkeiten bestimmt. Eine Senkung des Lohnes vermag darum keine zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit über bereits vorhandene Arbeitsgelegenheiten hinaus zu geben. Ebenso bleibt keine Hoffnung, daß durch die Verringerung des Lohnkontos der Auslandsabatz auf die Dauer sich forcieren ließe und dadurch zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, weil die Lohnsenkungswelle nicht auf Deutschland beschränkt bleibt, sondern sich auf andere Länder ausdehnt. (Vergl. Belgien, Frankreich und Italien.) Die Lohnsenkung ohne Rücksicht auf die Lohnhöhe muß die Inlandskaufkraft schwächen und führt so zwangsläufig zur weiteren Drosselung der Wirtschaftstätigkeit und damit zur erhöhten Freisetzung von Arbeitskräften.“

Die industrielle Krise ist mit in erster Linie auf die starke, bisher unausgenutzte Erweiterung des Produktionsapparates zurückzuführen. Eine Belebung der Industrie kann daher nur auf dem Wege der radikalen Preislenkung und durch Abbau von unnötigen Verwaltungs- und Behördenaufblähungen erfolgen, weil nur so den erhöhten Produktionsmöglichkeiten auf dem Binnenmarkte neue Absatzmöglichkeiten erschlossen werden.

Die bisher erfolgten Lohnkürzungen in Deutschland haben der weltwirtschaftlichen Lage weitgehend Rechnung getragen. Eine weitere Lohnsenkung in den industriellen Ländern bewirkt eine Geldwertsteigerung, die uns als internationales Schuldnerland bedrohlich wird. Bereits heute hat sich die Young-Annullität hinsichtlich des Geldwertes der Dawes-Rate angenähert. Nur eine radikale Preislenkung kann zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit führen und erhöht damit die Nachfrage nach Arbeitern, deren Arbeitsplätze bereits vorhanden sind und die nicht erst geschaffen zu werden brauchen.

Die Vertreterversammlung beauftragte den Vorstand des Landesrats alles anzuhängen, um eine weitere Lohnsenkung als volkswirtschaftlich schädigend zu bekämpfen.“

Zum Abschluß der Tagung wurde noch ein besonderes Programm für die Bildung und Schulung der Jugend und der Betriebsräte durchgesprochen, das in diesem Jahre zur Durchführung kommen soll. Schlotter.

Unfälle auf dem Heimwege von der Arbeitsstätte

In der reichsgesetzlichen Unfallversicherung werden auch die Unfälle entschädigt, die sich auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte ereignen. Es bedurfte vor einigen Jahren vieler parlamentarischer Kämpfe, um diese neue Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen. Es wurde auf die große finanzielle Belastung hingewiesen, vor allem aber darauf, daß die Versicherungsträger gar nicht in der Lage seien, die auf den Wegen von und zur Arbeit drohenden Unfallgefahren durch Unfallversicherungsbeiträge, wie sie für die Betriebsstätten vorgeschrieben sind, zu unterbinden oder auch nur zu mildern. Die Statistik zeigt aber, daß z. B. im Jahre 1929 auf insgesamt 165 896 erstmalig entschädigte Betriebsunfälle nur 718 sogenannte Wegereignisse = 4,3 Prozent entfielen.

Die ziemlich scharfe Auslegung des Gesetzeswortes durch die Versicherungsträger und die Rechtsprechung der

Versicherungsbehörden sorgen dafür, daß der Begriff „Betriebsunfälle“ bei den sogenannten Wegereignissen ziemlich eng gefaßt wird.

Im Baugewerbe ist es üblich, daß der Bauherr nach Fertigstellung des Rohbaues und erfolgter Zimmerung des Dachstuhles seinen Beschäftigten aus Anlaß der glücklichten Erhebung des Baues eine Feier, das sogenannte Richtfest, veranstaltet. Ein Maurer hatte nach Feierabend mit seinen Kollegen an einem solchen Richtfest teilgenommen. Nach 3 1/2 Stunden trat er seinen 20 Kilometer betragenden Heimweg an, wurde aber von einem Kollegen auf dessen Motorrad mitgenommen. Unterwegs fuhren beide in einem Gasthause ein. Weil der Besitzer des Motorrades zu lange saßte, setzte der Maurer den weiteren Heimweg zu Fuß fort. Gegen Mitternacht wurde er kurz vor seinem Wohnort von dem Motorradfahrer eingeholt, er bestieg das Motorrad und verunglückte dadurch erheblich, daß das Rad gegen einen Baum fuhr. Das in höchster Instanz angerufene Reichsversicherungsamt hat durch Urteil vom 5. 1. 31 (I a 226/30) den Entschädigungsanspruch des Verletzten zurückgewiesen und zur Begründung u. a. folgendes ausgeführt:

Die Frage, ob die Teilnahme an einem von dem Bauherrn in unmittelbarem Anschluß an die Betriebsarbeit veranstalteten Richtfest als Beschäftigung im Betriebe anzusehen ist oder nicht, ist schon in früheren Streitfällen verneint worden. Es ist üblich, daß die Bauarbeiter an einem solchen Fest teilnehmen, sie haben aber keine Verpflichtung hierzu. Der Maurer konnte sehr wohl das Bedürfnis haben, sich nach der anstrengenden Arbeit vor seinem etwa 20 Kilometer betragenden Heimweg zu stärken. Es ist auch wiederholt entschieden worden, daß in solchen Fällen der Besuch einer Wirtschaft den weiteren Heimweg nicht außer Zusammenhang mit der Betriebstätigkeit setzt. Weil aber der Heimweg infolge des dazwischenliegenden Richtfestes erst 3 1/2 Stunden nach Beendigung der Bauarbeit angetreten worden ist, bedeutet diese Verzögerung des Heimweges eine nicht nur vorübergehende, sondern eine endgültige Lösung vom Betriebe. Der Heimweg, auf dem der Maurer verunglückt ist, stand daher nicht mehr in einem inneren Zusammenhange mit der vorher ausgeübten Betriebstätigkeit und war somit nicht versichert.

Rundschau

Wieviel Handwerksbetriebe und Handwerker haben wir in Deutschland?

Von den 32 Millionen Erwerbstätigen entfallen auf das Handwerk 6 Millionen Berufstätige, das sind rund ein Fünftel aller Erwerbstätigen. Von den 1 850 000 Betrieben in der Gewerbeabteilung „Industrie und Handwerk“ entfallen rund 17,5 Prozent auf Handwerksbetriebe. Auf 1000 Einwohner kamen 1926 = 21 selbständige Handwerksmeister. Nach den Erhebungen des Erzeugnisseauswertungsamtes entfallen rund 80 Prozent sämtlicher Handwerksbetriebe auf 19 wichtige Handwerkszweige. In 1 500 000 Handwerksbetrieben wurden mehr als 3 1/2 Millionen Personen beschäftigt, davon in 190 000 Metallhandwerksbetrieben 590 000 Personen, in 190 000 Holzbearbeitungsbetrieben 420 000 Personen, in 220 000 Nahrungsmittelbetrieben 670 000 Personen, in 500 000 Bekleidungsbetrieben 820 000 Personen, in 190 000 Saubetrieben 450 000 Personen.

224 000 Arbeitslose weniger

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung für die Zeit vom 18. bis 31. März 1931 ist nicht nur die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um über 210 000 zurückgegangen, sondern hat auch die Zahl der Arbeitslosen insgesamt um rund 224 000 abgenommen.

Demnach wurden unter den am 31. März bei den Arbeitsämtern vorgemerkten verfügbaren Arbeitsuchenden rund 4 756 000 Arbeitslose gezählt. Von der Entlastung gegenüber Mitte März entfallen etwa zwei Drittel auf die Saisonanfehrer, der Rest auf die übrigen Berufsgruppen. Die Arbeitslosenversicherung war am 31. März noch mit rund 2 316 000 Hauptunterstützungsempfängern belastet. In der Krisenfürsorge ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ebenfalls zurückgegangen; sie belief sich am 31. März auf rund 923 000, d. h. rund 26 000 weniger als am letzten Stichtag.

An der günstigeren Entwicklung des Arbeitsmarktes sind alle Bezirke, wenn auch in verschiedenem Ausmaße, beteiligt, und zwar am günstigsten, im Verhältnis zum Stand von Mitte März, die Bezirke Brandenburg, Nordmark, Niederachsen und Südwestdeutschland, verhältnismäßig ungünstig dagegen Ostpreußen, Westfalen und Sachsen. Die Besserung des Beschäftigungsgabes beschränkt sich zur Zeit im wesentlichen noch auf diejenigen Berufsgruppen, deren Arbeitsplätze infolge der besseren Witterung wieder stärker besetzt werden konnten.

Die Bauparaffien Ende 1930

Das Bauparaffien hat seit Stabilisierung der Währung eine starke Ausdehnung erfahren, weil der gute Gedanke, für den Bau, Erwerb oder Entschädigung eines Eigenheimes zu sparen, immer mehr durchdringt. Nach einer von der Deutschen Bau- und Bodenbank L. G. veröffentlichten Uebersicht hatten die 15 größten privaten Bauparaffien Deutschlands Ende 1930 einen Bestand an Bauparaffieren von 183 600, die Bauparaffierträge für insgesamt 225 Millionen RM. abgeschlossen haben. Darauf haben die Bauparaffier bis Ende vorigen Jahres etwa 270 Millionen RM. Einzahlungen geleistet. Die Summe der zu-

geteilten Baudarlehen stellte sich auf 279 Millionen RM., und zwar an 20 814 Bausparern. Davon entfallen auf die gegenwärtig größte Bausparklasse, die „Gemeinschaft der Freunde“, Ludwigsburg, 10 700 zugeteilte Darlehen im Gesamtbetrag von 161 Millionen RM. Einige Bausparlassen konnten durch Aufnahme fremder Mittel über die geleisteten Einzahlungen hinaus Darlehensbeträge zu teilen. Für die Entwicklung der Bausparklassen macht sich allerdings gegenwärtig der Rückgang des Volkseinkommens während der gegenwärtigen Krise, ferner der bisherige Mangel an gesetzlichen Vorschriften und einer regelmäßigen Kontrolle sehr fühlbar, und es ist zu hoffen, daß die kommende staatliche Aufsicht die Bausparere vor Verlusten schützt.

Keine Verpflichtung zur Übernahme von Auslandsarbeit.

In letzter Zeit ist wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß deutsche Arbeitsämter die Vermittlung von deutschen Arbeitslosen nach dem Auslande vorgenommen haben. Gegen solche Vermittlung ist an sich nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß die persönliche Sicherheit des Vermittelten im Auslande gewährleistet ist. Berechtigten Unwillen erregte es jedoch bei den Arbeitslosen, als die Arbeitsämter dazu übergingen, solchen Arbeitslosen, die die Übernahme von Auslandsarbeit ablehnten, eine Sperre nach § 90 des AWABG aufzulegen. Diese Sperre hat bekanntlich die Folge, daß die Arbeitslosen nicht nur für die Zeit der Sperre ihre Unterstützung nicht erhalten, sondern überhaupt in dem Gesamtunterstützungsbezug benachteiligt sein können. Es liegt in der Anwendung der Sperre — und das ist ja auch ihr Sinn — ein Zwang zur Arbeitsaufnahme. Der Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung im Reichsversicherungsamt hat nun in einer grundsätzlichen Entscheidung (Nr. 4003, Amtliche Nachrichten für Reichsversicherung Nr. 2, 1931) dahin entschieden, daß die Verhängung der Sperre nach § 90 AWABG grundsätzlich unzulässig ist, wenn der Arbeitslose eine angebotene Auslandsstellung ablehnt.

Geburtenrückgang in Deutschland

Im Vergleich zu den letzten Jahren vor dem Weltkriege beobachtet man in Deutschland einen erschreckend starken Rückgang der Geburtenzahl. Während noch im Jahre 1912 auf 1000 Einwohner rund 28 Lebendgeborene entfielen, schwanden die Vergleichszahlen in den Jahren 1928-30 nur um 18 Lebendgeborene. Wenn der Geburtenüberschuß, der vor dem Kriege etwa 12 bis 13 auf 1000 Einwohner betrug, nicht im gleichen Ausmaße abgenommen ist, so liegt das an der geringeren Sterblichkeit in der Nachkriegszeit. Die Zahl der Gestorbenen (ohne Totgeborene) ist nämlich seit der Jahrhundertwende stetig zurückgegangen. Entfielen damals noch auf 1000 Einwohner 20 und mehr Gestorbene, so weisen die Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik in den letzten Jahren 11 bis 20 Gestorbene auf 1000 Einwohner aus. Das Statistische Reichsamt gibt in seiner Halbmonatschrift „Wirtschaft und Statistik“ neben die Ergebnisse für das letzte Jahr bekannt. Im Jahre 1930 sind in Deutschland 1 220 000 Kinder geboren und 710 000 Personen gestorben. Der Geburtenüberschuß beträgt somit 412 000 Mehrgeborene bzw. 6,5 Geborene auf 1000 Einwohner. Bei diesen Ergebnissen handelt es sich um eine Durchschnittszahl für das ganze Reichsgebiet. Wenn man die einzelnen Gebiete Deutschlands betrachtet, ergeben sich erhebliche Abweichungen. So hatte z. B. Berlin bereits im 3. Vierteljahr 1930 0,3 mehr Geborene als Geborene. Einen geringen Geburtenüberschuß verzeichnen ferner Hessen-Kassel (5,7), Sachsen (5,1), Hamburg (3,7), Braunschweig (5,1) und Bremen (5,9). Den größten Geburtenüberschuß hatten im 3. Vierteljahr 1930 Ostpreußen (10,6), Oberschlesien (14,7), Westfalen (10,7) und Oldenburg (12,7).

Aus dem Verbandsleben

Krefeld. Unsere Verwaltungsstellen-Generalversammlung fand am 22. März in Huls b. Krefeld statt. Vom gesamten linken Niederrhein waren die Delegierten der einzelnen Ortsgruppen anwesend. Im Geschäfts- und Sekretariatsbericht erwähnte Kollege Terhorst u. a., daß die Arbeitslosigkeit im Bauwesen innerhalb unserer Verwaltungsstelle im Berichtsjahr zwar außerordentlich groß gewesen sei (im Januar wie im Dezember rund 50 Prozent und selbst in den Monaten Juli bis September rund 20 Prozent), daß sie aber dank der züchternen Tätigkeit unseres Sekretariats geringer war als im übrigen Reich. — Aus der Bildungsarbeit sind folgende Zahlen zu nennen: Es fanden fünf Versammlungen (24 Vorstandssitzungen 11 und Kurfasabende 11. Der Versammlungsbericht war sehr rege, ein Beweis dafür, daß wir Bewegung haben. — In der Mitgliederentwicklung ist trotz der schweren Zeit, und was kann wohl sagen, gerade wegen der schlechten Zeit, ein weiterer Anstieg zu verzeichnen. Aufnahmen hatten wir 97, Abtritte 31 und einen effektiven Zuwachs von 57 Kollegen zu verzeichnen. — Der Schriftwechsel der Kollegen mit dem Sekretariat war sehr rege. Es wurden durch das Sekretariat verschickt: 196 Karten, 107 Briefe und 1575 Rundschreiben und Einladungen. — Ein wichtiges Gebiet gewerkschaftlicher Hilfe war das des Reichstages. Es wurden insgesamt 16 Anträge erstellt, 13 Schriftsätze angefertigt und 12 Termine wahrgenommen. Der gesamte erhaltene Erfolg beträgt ohne Renten, die nicht einmündig nicht erreicht werden können, 117,00 RM. — Ueber die Tarifbewegung sei berichtet, daß wir seitens der Verwaltungsstelle folgende Tarife abgeschlossen bzw. mit abzuschließen haben: Für die Schmelzwerke erzwungen bei der Zementwarenfabrik Carlshausen, beim Normalkohlewerk der Sappischen Werke in Greifswald und für die Werkmeister bei den Krefelder Stahlwerken. Zum Kampf führte eine Lohnbewegung, und

zwar ein zehntägiger Streit der Fliesenleger in Krefeld, der mit vollem Erfolg beendet wurde. — In den Körperkassen des öffentlichen Rechtes sind drei Kollegen Stadt- bzw. Gemeindevorordnete, vier Kollegen im Vorstand bzw. Ausschuß der Krankenkasse, ein Kollege Beisitzer im staatlichen Schlichtungsausschuß, zwei Kollegen im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes, ebenso ein Kollege Stellvertreter als Arbeitsrichter. — In der Jugendbewegung ist im Augenblick ein Stillstand eingetreten. Der begonnene Jackkurzus im Zeichnen und Modellieren mußte vorläufig beendet werden, weil keine geeigneten Räume vorhanden waren. Diese Schwierigkeit ist jedoch jetzt behoben, so daß es auch da weitergehen kann. Insgesamt gesehen war das Jahr 1930 ein Jahr des gewerkschaftlichen Aufstieges.

Nach dem Bericht des Kollegen Terhorst erstattete der erste Kassierer, Kollege Geenen, den Kassenbericht. In demselben spiegelt sich die Arbeitslosigkeit auf der einen und der Mitgliederzuwachs und auch die Opferfreudigkeit der Kollegen auf der anderen Seite wider. Die Einnahme ist gegenüber dem Vorjahre nur um 8 Prozent gesunken. Marken wurden jedoch über 1400 Stück mehr als im Vorjahre umgesetzt. — Die einzelnen Ortsgruppen-delegierten erstatteten Bericht über das Leben in ihren Ortsgruppen. Der einzig trübe Punkt in diesen Berichten war die Arbeitslosigkeit. — In der darauffolgenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wieder- und unser junger Kollege Heinrich Hüls aus Geldern dazugewählt. Für den verhinderten Bezirksleiter Kollege Häuschen hielt der Kollege Lüderoth, Köln, einen Vortrag über unsere diesjährige Tarif- und Lohnbewegung und unsere Agitation. Derselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen. — In seinem Schlußwort dankte Kollege Terhorst allen Kollegen für die Mitarbeit im Interesse unseres Verbandes und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch dieses Jahr weiter sein möge ein Jahr der ideellen Festigung und des weiteren Aufstieges und der Größervermehrung unseres Verbandes. Kollege Reichshäuser konnte am Schluß feststellen, daß die Konferenz eine der schönsten und gewiß auch eine der fruchtbringendsten der letzten Jahre gewesen ist. Im Anschluß an diese Konferenz fand die Ehrung eines Jubilars, des Kollegen Mathias Lides statt, die von einer schönen Feier umrahmt war. Kollege Lüderoth hielt die Festrede und überreichte die vom Hauptvorstand gestiftete Silbernadel und Ehrenurkunde. Die Aufführung unseres Filmes „Die Leute vom Bau“ gab der Tagung und der Jubilarsfeier einen schönen Ausklang. M. F. st.

Homburg. Am 26. März hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kollege Ferdinand Seifert, gab den Jahresbericht bekannt. Anschließend erstattete der 1. Kassierer, Otto Pfeiffer, den Kassenbericht. Kollege Leimbach, Vorstand, sprach dann über die Wirtschaftslage und die Ursachen der Weltkrise. Bei der Vorstandswahl wurden als 1. Vorsitzender Ferdinand Seifert, als 1. Kassierer Otto Pfeiffer bestellt. Kollege Leimbach dankte dem alten Vorstand für seine treue Mitarbeit im Verbands- und berichtete dann noch über die Lohnfrage in Westdeutschland. Es muß als eine Schande für die Antragsteller wirken, wenn sie den Bauarbeitern einen Lohnabzug von 25 Prozent zumuten. Bei den Beamten und andern Ständen wurde ein Abbau von 6 bis 10 Prozent als eine soziale Ungerechtigkeit sondersgesehen empfunden. Da wir im Jahre 1930/31 einen Lohnausfall von durchschnittlich für ein halbes Jahr zu verzeichnen haben, wirkt der Abbau sozial um so härter. Wir werden es den Herren Unternehmern nicht verzeihen, wenn die Zeit und Stunde für uns gekommen ist. Kollege Leimbach rief alle Kollegen auf, treu und einig zu sein und nicht die Hoffnung aufzugeben, daß die Sonne auch wieder einmal für uns Bauarbeiter leuchten werde. Beglückwünscht wurde die gewerkschaftliche Entschlossenheit der Kollegenschaft. D. H. st.

Jührbach. Unsere Generalversammlung am 29. März in Langenhagen war recht zahlreich besucht. Nach dem Kassenbericht des Kollegen Lüder, aus dem hervorging, daß alle Kollegen im vergangenen Jahre ihre Pflicht getan haben, sprach Kollege Wucherpiennig über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Eichsfeld, unter besonderer Berücksichtigung der Mißstände, die sich durch die lange Arbeitslosigkeit herausgestellt haben. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in der u. a. beschlossen wurde, ältere Kollegen, die sich längere Zeit ihren Verpflichtungen dem Verband gegenüber entzogen haben, nur gegen ein Eintrittsgeld von nicht weniger als RM. 10,— wieder aufzunehmen. Im Schlußwort forderte Kollege Lüder die Anwesenden auf, dem Verband auch weiterhin die Treue zu halten. Die nächste Versammlung soll in Brochhausen stattfinden. A. K.

Beitrag Frankfurt a. M.

In einer außerordentlichen Bezirkskonferenz in Frankfurt haben wir uns den arbeits- und lohnpolitischen Sorgen unseres Fernes Stellung genommen. Unser Bezirksleiter, Kollege Schleichner, führte u. a. folgendes aus. In schwerer Zeit haben wir uns versammelt, getragen von der Sorge und der Verantwortung um die Existenz der Bauarbeiter und ihrer Familien. Zur allgemeinen Beruhigung kommen noch die Sorgen unserer Kollegen aus den Abwanderungsgebieten, wozu bei uns der Westerwald und das Fuldaer Land gehören. Wir haben rechtzeitig mahnend unsere Stimme erhoben und die Behörden wie die gesamte Öffentlichkeit auf die Gefahren des Abnehmens der Bauarbeiter ins soziale Elend aufmerksam gemacht.

Die Verhandlungen zum Reichstarifvertrag haben unter großen Mühen zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Anders ist es mit den bezirkslichen Verhandlungen. Auch hier fanden in den einzelnen Tarifgebieten wochenlange Verhandlungen statt. Auf der ganzen Linie haben die Arbeitgeber unverrückbare Lohnabbauforderungen gestellt, teilweise bis zu 30 Prozent und darüber. Die gescheiterten Schiedssprüche der bezirkslichen Tarifämter und auch der Spruch der Zentralschiedsstelle weisen Lohnabbaubis zu 11 Prozent auf. Solche Dinge können nicht

unwidersprochen hingenommen werden. Kollege Schick aus Kirchheim verwies auf die große Not der erwerbslosen Bauarbeiter, die unter die Wohlfahrtsfürsorge fallen. Die Art der Behörden im Kreise Kirchheim wird als Schikane und Spitzfindigkeit empfunden. Kollege Jochim, Kreuznach, berichtete ähnliches vom Arbeits- und Wohlfahrtsamt in Kreuznach. Hierauf wurde zu den Schiedssprüchen im Bezirk Stellung genommen. Die Delegierten waren sich einstimmig darüber klar, daß diese hohen Lohnabbauforderungen, zumal die Preise wieder steigen, nicht zu rechtfertigen seien. Mit Recht wurde von den Diskussionsrednern hervorgehoben, daß man den andern im Staate, die besser stehen als wir, zunächst entsprechende Abzüge machen sollte und dann erst an uns herantreten dürfe. Kollege Fikinger, Norheim (Nahe), betonte die jetzt besonders notwendige Einigkeit. Sieben, Limburg, und Storch, Fulda sprachen in besonderer Berücksichtigung ihrer Gebiete. Einstimmig wurden die durch die Zentralschiedsstellen gescheiterten Sprüche abgelehnt. Der Kollege Stahl aus Fulda sprach hierauf in allen Kollegen zu Herzen gehendes Schlußwort, das in dem Sinne ausklang: durch geistige Weiterbildung an unserer Wertung als Stand zu wirken.

Jüdenbach. Eine sehr gut besuchte Versammlung hielt unsere Ortsgruppe am zweiten Oftertag ab. Der erste Vorsitzende Otto begrüßte die in großer Zahl erschienenen durch eine kernige Ansprache. Beachtenswert ist, daß trotz der Notzeit, wo doch mit jedem Pfennig gerechnet werden muß, der Versammlungsbesuch sehr gut war. Die eingegangenen Rundschreiben wurden dann verlesen und in der Diskussion durchgenommen. Die Unterstützungsfrage wurde eingehend durchgesprochen. Die örtlichen Lohnverhandlungen müssen uns auf dem Posten finden. Allgemein wurde der Hoffnung und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Gewerkschaft in wahrer Erkenntnis der Lage alles versuchen wird, das Bestmögliche zum Wohle ihrer Mitglieder herauszuholen. H. o. e.

Sterbetafel

Am 2. April starb unser Mitglied der Maurer Karl Schwiegershausen im Alter von 27 Jahren an den Folgen eines Unfalls.

Am 9. April starb der Kollege Adolf Dehardt, Fliesenleger, im Alter von 30 Jahren an Lungenentzündung. Verwaltungsstelle Hannover.

Am 2. April starb unser langjähriges Mitglied Karl Scheiber (Maurer) nach langer Krankheit an Herzlähmung. Er war stets ein treuer und zielbewußter Kollege. Leider war es ihm nicht vergönnt, sein 25jähriges Jubiläum, welches kurz bevorstand, begehen zu können. Verwaltungsstelle Mainz.

Am 6. April starb unser treues Mitglied Franz Dilewski im Alter von 61 Jahren infolge Lungenkrebs. Verwaltungsstelle Allenstein, Gruppe der Maurer.

Am 8. April verstarb unser langjähriges Mitglied der Kollege Friedrich Schaar, Maurer, im 70. Lebensjahre an Herzlähmung. Verwaltungsstelle Königsberg.

Ehre ihrem Andenken!

Leichtbau-Wasserwaagen in höchster Vollendung!

		Stärke 25 x 30 und 25 x 35 mm				
100	90	80	75	70	60	50 cm
3.25	3.05	2.85	2.75	2.65	2.45	2.25
Extra-Qualität:						
1.—	3.80	3.60	3.45	3.35	3.15	2.90

Alle ständige Werkzeuge, Bekleidung, das Beste auf dem Markt. Lt. Katalog sofort lieferbar. Best. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede 12te Wasserwaage wird gratis geliefert. Westermeyer & Co., Bielefeld, Ziegelstraße.

Wepa
Fabrik f. Arbeitsanzüge
sämtlicher Berufe
Spez. Blaue Maschinen-
bau- sowie Maurer- und
Manchester-Anzüge
Wilhelm Pahr, Berlin
N 31, Brannenstraße 78

Spezialarbeit für Berufskleidung
Große Lager in La. Kellen,
echte Leichtbauwasserwaagen.
Wegen Raumbeschränkung ist es
mir nicht möglich, für alle Ar-
tikel Preise anzugeben, deshalb
fordern Sie vor Auftragserteilg.
nähere Auskünfte meine Preis-
liste ab. In Orten, wo nicht
vertreten, Versand an Bielefeld Louis Rosberg,
Bielefeld 5, Breite Straße 44.

Edelholzwaren
Pflanzl. Feinschnitt für
Ball, Carl u. Friedh.,
u. part. geb. bis 11.11.
rot. 10 St. RM. 3.—
25 St. RM. 6.— 100 St.
RM. 20.— Kofentronen-
bänne 40/70 hoch, 19
St. RM. 12.— Exp. u.
Porto extra. Best. geg.
Nachn. Hans Götgens,
Verbandsgärtnerei, Heid-
gladenb. Lorzsch. i. h.

Radikaler Preisabbau!
Andere reden
Wir beweisen
durch unseren neuen
Katalog, zusammen-
fassend
Sigmund Gesellschaft
Kassel 51

Nichtraucher
Auswahl kostenlos
Sanitas-Depot,
Halle a. S. 95 w